

anders ausgedrückt: Der Rechtsradikalismus, der heute das Bild der neuen Bundesrepublik Deutschland vor der Weltöffentlichkeit zu verdunkeln droht, ist in Teilen auch eine „Folge der SED-Diktatur in Deutschland.“ Das zu begreifen, fällt wahrscheinlich schwer, widerspricht es doch scheinbar unserer ostdeutschen Lebenserfahrung. Aber gerade deshalb nimmt die heutige Anhörung auch eine zentrale Stelle in der Arbeit unserer Enquete-Kommission ein.

Ich möchte uns allen wünschen, daß wir auch diesen Teil unserer Arbeit, die uns vom Deutschen Bundestag aufgetragen worden ist, mit Energie und Präzision leisten. Daß es dazu auch eines unerschrockenen Herzens und Verstandes bedarf, gerade weil wir so erschrocken sind, werden wir am heutigen Tag wohl immer wieder spüren.

Ich möchte zunächst unsere beiden Kollegen, Frau Prof. Dr. Roswitha Wisniewski und Herrn Dr. Faulenbach bitten, uns in die thematischen Schwerpunkte unseres heutigen Unternehmens einzuführen. Bitte, Frau Prof. Wisniewski.

**Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU):** In der heutigen Vortrags-sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ sollen zwei Themenbereiche behandelt werden, die auf den ersten Blick wenig, bei näherem Hinschauen aber viel miteinander zu tun haben.

Das Wort „Faschismus“ hat bekanntlich in nicht-marxistischem und marxistischem Verständnis unterschiedliche Bedeutung. So wird in einem nicht-marxistischen Lexikon „Faschismus“ definiert als „Bezeichnung für extrem nationalistische, nach dem Führerprinzip organisierte antiliberale und antimarxistische Herrschaftssysteme“ (Meyers Enzyklopädisches Lexikon). Dagegen wird „Faschismus“ im marxistisch geprägten, für die DDR maßgeblichen Philophischen Wörterbuch von Georg Klaus und Manfred Buhr eingengt definiert als Bezeichnung für eine kapitalistische Diktatur, die sich dem Heilsweg in den Kommunismus entgegen zu stellen versucht: „Der Faschismus ist die Reaktion der imperialistischen Bourgeoisie auf die Veränderungen des Kräfteverhältnisses seit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus, seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus einleitete.“ Im verkürzten DDR-Sprachegebrauch war Faschismus – allen Einsichten der Geschichtswissenschaft zum Trotz – die „höchstentwickelte Form des Monopolkapitalismus“.

Zu Recht wird daher von Günter Fippel der „echte Antifaschismus“ als vielfältige politische Bewegung gegen den Faschismus in Europa unterschieden vom „unechten Antifaschismus“ des Marxismus-Leninismus („Der Mißbrauch des Faschismus-Begriffs in der SBZ/DDR“. In: Deutschland-Archiv 10 (1992), S. 1055–1065).

Entsprechend diesem marxistischen Faschismus-Begriff und Geschichtsverständnis wurde „Antifaschismus“ in der DDR wie zuvor schon in der Sowjetunion einerseits zum **Kampfbegriff** gegen jede Kritik und Feindschaft gegen den Kommunismus und andererseits **Integrations-Ideologie**. Antifaschismus im marxistischen Sinne wurde zur Grundlage der Selbstrechtfertigung des Staates, die jede Kritik am real existierenden Sozialismus und seinem Staat dem Faschismus-Verdacht aussetzte. Damit steht die DDR in der sowjetischen Tradition. Bereits in der Mitte der zwanziger Jahre wurde jeder, der der Ideologie oder der Politik der Sowjets entgegenzutreten wagte, zum „Faschisten“ gestempelt – eine Tradition, die nach 1945 fortgesetzt wurde.

Der Faschismus-Vorwurf wurde damit zum **bequemen Mittel der Vernichtung** unerwünschter Personen und politischen Strukturen und zur Lähmung des Widerstandes der bürgerlichen Parteien und ihrer Anhänger. Walter Ulbricht gab die Parole aus, daß der konsequente antifaschistische Kampf darauf gerichtet sein müsse, „die Wurzeln des Faschismus – die Herrschaft des Finanzkapitals“ zu beseitigen durch Säuberung des Verwaltungsapparates und der wissenschaftlichen Institutionen von allen faschistischen Elementen, durch die Enteignung der Großgrundbesitzer, der Bankherren und Konzerne, durch den Kampf gegen die faschistische Ideologie und gegen alle Ideologien, an die der Faschismus hätte anknüpfen können. (Hans-Helmuth Knütter, „Antifaschismus und politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung“. In: Politik und Zeitgeschichte, 22.2.1991, S. 19).

Die **Integrationskraft** der Ideologie des „Antifaschismus“ bestand einerseits in der berechtigten Ablehnung der national-sozialistischen Schreckensherrschaft, in der propagandistischen Verleumdung der Bundesrepublik als angeblichem Hort des Weiterwirkens von Nationalsozialismus und Faschismus aber auch in der Bewunderung für die Widerstandskämpfer, und schließlich auch in der Furcht, selbst zum „Faschisten“ gestempelt zu werden.

Die Antifaschismus-Ideologie vermittelte (durch die Ablehnung des Bösen) offenbar mehr positive **Erziehungskraft** als es der abstrakt-blutleere Marxismus und der real existierende Sozialismus vermochten. Annette Simon, die heute leider nicht anwesend sein kann, berichtet sehr eindrucksvoll, wie sie durch Gespräche im Elternhaus über Freunde, die im KZ gewesen waren, als Kind geprägt wurde. „Ich konnte mir die Zeit des zwölfjährigen Reiches nur als eine Zeit unsäglichem Greuel vorstellen... Das sehr früh angebotene sozial-ökonomische Erklärungsmodell vom „Faschismus als höchstentwickelte Form des Monopolkapitalismus“ und die Projektion, daß diese Verbrecher nun alle im Westen Deutschlands lebten, boten dem Kind Entlastung. ... Die Geschichten von den gemordeten Antifaschisten waren die Heldensagen der DDR (die Ermordung von Millionen Juden war dabei meist nur ein Nebenthema), und die Überlebenden erfüllten deren Vermächtnis – schon deshalb mußten sie im Recht sein.“ (FAZ 1.2.1993). Ähnlich Annette Leo:

„Die Helden meiner Kinderträume waren die Widerstandskämpfer. Allen voran natürlich mein Vater, der Partisan, der mit einer Pistole bewaffnet durch den Wald schlich, oder aus höchster Gefahr errettet wurde... Nicht nur zu Hause, auch in der Schule, wenn beim Morgenappell die Fahne hochgezogen und ein Spruch rezitiert wurde, bei Demonstrationen schwebten die großen Bilder der toten Helden über unseren Köpfen. Filme und Bücher handelten vom Kampf und Leidensweg Ernst Thälmanns, John Schehrs, Hans Beimlers ... Der Staat DDR, in dem ich groß geworden bin, war auf die Tradition des antifaschistischen Kampfes gegründet. Aus seinem Erbe bezog er die Legitimation als eine neue, bessere Ordnung, die mit der verbrecherischen Vergangenheit gebrochen hat. Aber sooft auch diese Tradition bei allen Anlässen beschworen wurde, sowenig wußten wir wirklich von der Geschichte. Die Erinnerung als Staatsdoktrin, die sich in feierlichen Reden, Gesängen, Kranzniederlegungen manifestierte, verlor nach und nach all ihre Lebendigkeit und Widersprüchlichkeit. Sie erstarrte zum Ritual, da ihre Überlieferung von wechselnden aktuellen Zweckmäßigkeiten bestimmt wurde.“ (Annette Leo, „Die Helden erinnern sich“, in: Die wiedergefundene Erinnerung. Verdrängte Geschichte in Osteuropa. Berlin 1992, S. 159 f.)

Eine objektive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Dritten Reich durfte offensichtlich nicht stattfinden. Annette Simon weist darauf hin, daß der normale nationalsozialistische Alltag nicht Gegenstand des Interesses am Faschismus war, „und es wurden auch nicht die psychischen Bedingungen für die Anfälligkeit des Kleinbürgers untersucht, sich an grandiosen Ideen zu berauschen und in Hierarchie bedingungslos unterzuordnen. Dies hätte ja bedeutet, sich auch mit den psychischen Wurzeln des Funktionierens von Diktaturen überhaupt zu befassen, und von den Mächtigen war keiner daran interessiert, an dem Ast zu sägen, auf dem sie alle saßen.“

Ein vielsagendes Zeugnis ist auch die Tatsache, daß die DDR im Internationalen Museumsrat Auschwitz einen Sitz hatte, der aber nie von einem DDR-Vertreter wahrgenommen wurde.

Das Klischee vom guten, reinen – da auf dem Antifaschismus gegründeten – DDR-Staates gegenüber der verbrecherischen – da angeblich den Faschismus fortsetzenden – Bundesrepublik Deutschland verlor allmählich seine integrierende Kraft. Die hehre Verherrlichung des Kampfes gegen den Kapitalismus verkam zum „Wortantifaschismus“, wie Joseph Rován kürzlich schrieb (Welt, 16.2.1993).

War inzwischen bekannt geworden, daß ehemalige Nazis in der DDR in einflußreichen Stellungen saßen, daß keineswegs nur Nationalsozialisten den Säuberungsaktionen in den Anfangszeiten der SBZ/DDR zum Opfer gefallen waren, daß „Abweichler“, die wirkliche Antifaschisten und KZ-Opfer der Nationalsozialisten gewesen waren, von Sowjets und DDR-Behörden erneut verfolgt wurden?

Hier stellt sich nun die Frage nach der Entstehung von Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus in der DDR. Ist eine der Ursachen in dem sinkenden Glauben an die Antifaschismus-Ideologie und das damit entstehende Motivationsvakuum zu sehen? Oder war es bewußte militante Opposition zur herrschenden Staats-Ideologie, die zu überzogenen Anti-Vorstellungen führte, so wie es auch heute eine „Anti-Antifa-Bewegung“ gibt?

Wie das Bundesamt für Verfassungsschutz feststellte (vgl. Heinrich Sippel, „Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Lagedarstellung.“ Vortrag vom 9.2.1993), gibt es heute eine Konzentration der rechtsextremistischen Gewalt in den östlichen Bundesländern. Bezogen auf die Einwohnerzahl standen 1992 die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hinsichtlich rechtsradikaler Gewalttaten mit großem Abstand an der Spitze aller bundesdeutschen Länder. In diesen beiden Ländern wurden jeweils mehr als doppelt so viele rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten begangen wie in Schleswig-Holstein, dem am meisten von solchen Gewalttaten heimgesuchten westdeutschen Land. Alle neuen Bundesländer befinden sich in der ersten Hälfte der in Relation zur Einwohnerdichte erstellten Häufigkeitsskala. Selbst das von den neuen Ländern am wenigsten betroffene Thüringen steht noch vor Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Bayern und Bremen.

Von den derzeit rund 6400 gewaltbereiten rechtsextremistischen Personen wohnen etwa 3800 in den neuen Bundesländern und Berlin, in den alten Bundesländern sind es (nur) 2600.

Diese auffallend ungleiche Verteilung kommt vermutlich daher, daß – nach Auffassung des Verfassungsschutzes – der klar politisch motivierte Rechtsradikalismus in der DDR länger als in den alten Bundesländern existiert. Während in den alten Bundesländern in den frühen 80er Jahren politisierte Elemente in der Subkultur der Skinheads eher vereinzelt auftraten, war das rechte Gewaltpotential zu jener Zeit in der DDR bereits nicht unerheblich. Es gab 600 bis 1000 politisierte Skins, die unter scharfer Kontrolle der Staatssicherheit standen.

Natürlich fragt man sich, ob die jüngst aufgedeckte Stasi-Aktion „Vergißmeinnicht“ von 1961, durch die jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in der damaligen Bundesrepublik durch antisemitische Drohbriefe in Angst und Schrecken versetzt wurden, auch schon als Hinweis auf eine bestehende rechtsextremistische Szene in der DDR zu werten ist (Report, ARD, 8.2.1993).

Aber zurück zu der Frage nach dem politischen Zusammenhang bzw. der politischen Konfrontation von Antifaschismus-Ideologie und Rechtsextremismus in der DDR.

Annette Simon weist auf das bekannte psychologische Phänomen hin, daß die Jugend bisweilen mit heftigen Gegenreaktionen auf die Ideale der Eltern und Lehrer reagiert – vor allem wenn diese als bloße Worthülsen erkennbar sind.

Zum Verhalten eines Klassenkameraden, der Hakenkreuze an die Wände des Schulhauses geschmiert hatte, bemerkte sie: „Er war ganz bestimmt kein Neonazi, und nur die völlig überzogene Reaktion der Erwachsenen muß ihn dann darin bestätigt haben, daß er offensichtlich einen allergischen Punkt traf und so die lang ersehnte Aufmerksamkeit bekommen konnte.“ Ähnlich argumentierte Joseph Rován „Wo aber 1968 nicht stattfinden durfte, in den ehemals kommunistisch beherrschten Ländern, da suchen viele Jüngere im Neofaschismus die Art und Weise, mit der sie den Wortantifaschismus ihrer Eltern am besten provozieren können...“ (Welt 16.2.1993)

Aber die Justiz kam nur in ganz seltenen Fällen zu der Erkenntnis, daß die fremdenfeindlichen Gewalttäter der letzten Zeit völlig unpolitisch handelten. Vielmehr läßt sich sehr wohl eine Motivation durch eine Ideologie erkennen, die durch ein elitäres Rassedenken bestimmt ist, das alle „Andersrassigen“ – bei einer gewissen graduellen Abstufung – als minderwertig klassifiziert.

Für den Rechtsextremismus in der DDR der achtziger Jahre hat Konrad Weiß aber auch andere ideologische Momente nachgewiesen. Es wird deutlich, daß die rechtsextremen Gruppen eine ideologische Orientierung besaßen, die sie bewußt als Lebensmaxime gegen die herrschende Ideologie setzten („Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR. In: Alles ist im Untergrund obenauf, ... Ausgewählte Beiträge aus der Zeitschrift KONTEXT 1–7, Berlin 1990, S. 18–31)

Für die Zukunft unseres Staates ist es m.E. von größter Wichtigkeit, die unheilvolle Wechselwirkung von marxistischer Antifaschismus-Ideologie und Rechtsextremismus aufzuklären und ihr politisch und wissenschaftlich entgegenzutreten. Eine Ideologie, die dem Menschen, die ihm gemäßen geistigen Lebensgestaltungsprinzipien nehmen will, wird leicht Gefahr laufen, überzogene Reaktionen darauf zu provozieren. Wer meint, den Menschen als Individualität ausschalten und zum Kollektivwesen formen zu können, wird die Gefahr heraufbeschwören, daß „Ich-Gefühl“ und „Selbstbestätigung“ übersteigert und ggf. mittels körperlicher Gewalt erfahrbar gemacht werden. Wer meint, die Einordnung der Menschen in eine Nation „aufheben“ und durch Internationalität ersetzen zu können, kann unter Umständen nationalistische Übersteigerung als schreckliche Folge bewirken.

Es ist an der Zeit, solche sozialpsychologischen Bedingungen und Konsequenzen politischer Systeme und politischer Ideen besser als bisher zu bedenken und zu erforschen. Ich möchte hoffen, daß die Arbeit der Enquete-Kommission auch in dieser Hinsicht einige Beiträge leisten kann.

**Sv. Dr. Bernd Faulenbach:** Man hat den Antifaschismus als „Kernstück des inneren und äußeren Selbstverständnisses“ der DDR bezeichnet (Olaf Groehler). Mag dies auch überpointiert sein, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß der Antifaschismus zu den wichtigen „integrativen Faktoren“

der SED-Diktatur gehörte, wahrscheinlich auf der ideologischen Ebene deren wirksamster war.

Hier soll es um drei Aspekte gehen:

- um die Entstehungskontexte des DDR-Antifaschismus,
- um die Inhalte des Antifaschismus, d. h. um das Verhältnis von Interpretation der Geschichte und politischen Interessen und
- um die Funktion des Antifaschismus für das SED-System samt seiner Wirkungsmechanismen.

Die Frage nach dem DDR-Antifaschismus führt in das schwierige Feld des deutschen Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der Nachkriegszeit: Sie zielt auf das überaus komplizierte Verhältnis der verschiedenen Vergangenheiten der NS-Zeit, der DDR und der alten Bundesrepublik. Sie tangiert damit die Frage nach den Kontinuitäten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert.

Zunächst soll **erstens** mit wenigen Strichen der „Antifaschismus“ vor 1945 charakterisiert werden. Danach ist **zweitens** auf die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ 1945–1949 in der SBZ/DDR einzugehen und der Zusammenhang von Entnazifizierung und Errichtung der kommunistischen Diktatur anzusprechen. Es folgt **drittens** die Bestimmung der Spezifika des Bildes des Faschismus und des Antifaschismus in der DDR, wobei es nicht zuletzt um die Frage des Realitätsgehaltes dieses Bildes geht. Etwas eingehender seien **viertens** die Funktionen und Wirkungsmechanismen des Antifaschismus in der DDR beleuchtet. Schließlich seien – **fünftens** – Hypothesen zu den Folgen des DDR-Antifaschismus heute formuliert.

I. – Im 1983 im Dietz-Verlag Berlin (Ost) erschienenen „Wörterbuch Geschichte“ (Bd. I. S. 41 ff.) wird „Antifaschismus“ definiert als „gegen die Politik und Ideologie des Faschismus gerichtete, Anfang der 20er Jahre entstandene, ihrem Wesen nach antiimperialistische Volksbewegung“. „Konsequenter Träger“ des Antifaschismus sei die „Arbeiterklasse mit ihrer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze“. Da der Faschismus – entsprechend der immer noch verwendeten Dimitroff-Formel „die offene Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Kreise des Finanzkapitals“ – „sich gegen die Lebensinteressen des gesamten Volkes richtet, besteht sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit, weite Kreise der Bevölkerung für die antifaschistische Bewegung zu gewinnen und sie um die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei zu sammeln.“ Die Definition läßt erkennen, daß der SED-Antifaschismus-Begriff

- a) an einen bestimmten Faschismus-Begriff gebunden war, der die NS-Diktatur nur ganz unzureichend erfaßte, zugleich aber ein aktuelles Feindbild abgab,
- b) aus der Sicht der SED nicht zuletzt auf ein Bündniskonzept hinauslief, in dem die Kommunisten die Führung hatten.

Offensichtlich ist der Begriff des Antifaschismus als ein „politischer Kampfbegriff“ zu bezeichnen, „der sich durch seine Vieldeutigkeit und politische Instrumentalisierbarkeit auszeichnete“ (Hans-Ulrich Thamer).

Ursprünglich bezeichnete der Begriff Antifaschismus, der parallel zum Faschismus-Begriff entstand, die Opposition gegen das Mussolini-Regime in ihren verschiedenen Varianten: „Antifaschisten“ waren die Gegner Mussolinis der verschiedenen Lager von den Sozialisten bis zu den Konservativen, ferner parteipolitisch ungebundene Journalisten, Schriftsteller und Wissenschaftler.

Dieser potentiell breite Begriff, der in den internationalen Wortschatz übergang, wurde im Laufe der Zeit von den Kommunisten in spezifischer Weise gefüllt, verengt und zur Legitimationsideologie kommunistischen Handelns deformiert. Schon 1924 vertrat Sinowjew als Cheftheoretiker der Komintern die Auffassung, daß Faschismus und Sozialdemokratie nur „die rechte und die linke Hand des modernen Kapitalismus“ seien. Stalin behauptete gar, Faschisten und Sozialdemokraten seien „Zwillingsbrüder“. Seit 1928 wurde die SPD verstärkt von der KPD als Partei des „Sozialfaschismus“ attackiert, die die Herrschaft des Kapitalismus sicherte. Der Hauptgegner der KPD war seit dieser Zeit nicht die NSDAP, sondern die SPD. Erst 1935 schwenkte die Kommunistische Internationale auf eine Volksfront-Strategie um.

Keine Frage: der kommunistische Widerstand gegen das Dritte Reich war aufopferungsvoll: keine andere politische Gruppierung hatte derart hohe Verluste. Allerdings wird man fragen dürfen, ob zu diesen Verlusten nicht auch eine vielfach unsinnige Taktik, ja der zynische Umgang der stalinistischen Führung mit Menschenleben beigetragen hat. Auch ist zu erwähnen, daß schon im Kampf der internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg zwar einerseits der Antifaschismus seinen Ausdruck fand, doch andererseits der Antifaschismus von Stalins Kommissaren und Helfern zur Begründung der Ausschaltung von politischen Rivalen, Anarchisten, Trotzlisten und Sozialdemokraten diente. Seit den stalinistischen Säuberungen gab es einen Zusammenhang von Antifaschismus und Stalinismus, der übrigens einer der Gründe dafür ist, daß der Antifaschismus bei der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus seit den 50er Jahren so kläglich versagt hat.

Man wird Hans Ulrich Thamers Abwandlung von Horkheimers Dictum, daß der vom Faschismus schweigen müsse, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, nicht widersprechen könne: Sie lautet: „Wer aber vom Stalinismus nicht reden will, der muß vom Antifaschismus schweigen.“

Gleichwohl ist nicht zu bestreiten, daß die Sowjetunion unter Stalin beträchtlichen Anteil an der Niederwerfung des nationalsozialistischen Deutschland und damit an der Überwindung der NS-Diktatur in Deutschland hatte. Nicht zu bezweifeln sind auch die großen Opfer der Kommunisten im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Beide Tatbestände sollten nach dem Zweiten Weltkrieg in der kommunistischen Propaganda eine große Rolle spielen.

II. – Nach dem Einmarsch der alliierten Truppen 1945 bildeten vielerorts in Deutschland Gegner der Nazis, Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen u. a. „Antifa-Ausschüsse“, die Verwaltungsaufgaben übernahmen und die Ausschaltung von Nationalsozialisten betrieben. Sie wurden von den Besatzungsmächten rasch zurückgedrängt. Gleichwohl bestand zunächst unter den politischen Gegnern der Nazis und den sich bildenden Parteien eine Art antifaschistischer Konsens, der freilich rasch zu bröckeln begann.

Überall war man bestrebt, die Entnazifizierung gemäß dem Potsdamer Abkommen durchzuführen. In der Sowjetisch Besetzten Zone wurde sie rigoroser durchgeführt als in den anderen Zonen. Alle durch die NS-Zeit belasteten früheren Funktionsträger in Staat, Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie Lehrer und Polizisten wurden hier – so jedenfalls war das Ziel – ausgeschaltet: Sie wurden durch kaum ausgebildete Kräfte ersetzt. Allerdings wurde rasch deutlich, daß das Bekenntnis zur SED, insbesondere für kleinere Nationalsozialisten, die Möglichkeit bot, rasch wieder beruflich und gesellschaftlich integriert zu werden, so daß bald das Wort von der „großen SED“ als dem „Freund der kleinen Nazis“ die Runde machte. Auch war die Ausschaltung von Funktionsträgern keineswegs – wie sich jetzt zeigt – so konsequent, wie vielfach behauptet worden ist. Unbestreitbar jedoch bestand die neue politische Elite in der SBZ und in der DDR durchweg aus Antifaschisten, die während des Dritten Reiches teils in Konzentrationslagern oder Gefängnissen eingesperrt waren, teils in der Emigration überlebt hatten.

Problematisch war die von der Besatzungsmacht und der SED betriebene Entnazifizierung in verschiedenen Hinsichten. So wurde sie hinter einer Mauer des Schweigens vollzogen. In ihrem Kontext wurden auch Gegner der Besatzungsmacht, Sozialdemokraten und andere Oppositionelle ausgeschaltet, die nicht selten – wie NS-Belastete – in Speziallager und Gefängnisse eingeliefert wurden. Schließlich wirkte sich auch das kommunistische Faschismus-Verständnis aus, das dazu tendierte, Klassegegner und Faschisten gleichzusetzen mit der Konsequenz, daß die Zugehörigkeit zu einer Klasse als Belastungsgrund ausreichte und Ausschaltung und Inhaftierung zur Folge haben konnte. Generell wurde die Entnazifizierung zur Durchsetzung des kommunistischen Machtanspruchs instrumentalisiert, wobei die Entmachtung der alten Eliten des NS-Staates eng verbunden war mit der Etablierung einer neuen Elite aus Kadern der SED. Die antifaschistisch begründete Blockpolitik begrenzte die Rolle nicht-kommunistischer Parteien zunehmend: Der antifaschistische Monopolanspruch führte faktisch a la longue zur Ausschaltung von bürgerlichen Demokraten und Sozialdemokraten.

Der Antifaschismus diente sowohl der Legitimation der Errichtung der SED-Diktatur als auch der Begründung von Bodenreform und Sozialisierungsmaßnahmen. In der Historiographie der DDR wurde dieser politisch-gesellschaftliche Vorgang unter dem Begriff „antifaschistisch-demokratische



Umwälzung“ subsumiert. Peter Graf Kielmansegg hat das Ineinander von Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, gesellschaftlicher Umgestaltung und Errichtung der Parteidiktatur mit dem Satz charakterisiert: „Die Essenz der kommunistischen Antwort auf den Nationalsozialismus ist die Errichtung – ideologisch gesprochen – der Diktatur des Proletariats, faktisch der Diktatur der SED gewesen, also die erneute Negation der Demokratie unter anderen Vorzeichen, vollzogen gewissermaßen in Tateinheit mit der Beseitigung des Kapitalismus“. Die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus rechtfertigte zusätzlich den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, sie war nicht eigentlich ursächlich für ihn, sondern eher akzidentuell.

III. – Wie die Entnazifizierung zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft durch eine Parteidiktatur diene, so wurde die Erinnerung an den Widerstand gegen das Dritte Reich schon früh zur Legitimation kommunistischer Politik instrumentalisiert, mit der Konsequenz, daß das Bild des Dritten Reiches und des antifaschistischen Widerstandes krass verzeichnet, teilweise sogar durch Fälschungen entstellt wurde. Im Zeichen dieses Antifaschismus wurde die NS-Zeit in vielen Hinsichten geradezu verdrängt.

Zwar wirkte anfangs das Bewußtsein gemeinsam erlittener Verfolgung nach, doch schon 1946 wurde die Haltung der SPD 1933 von kommunistischer Seite kritisiert, während eine kritische Aufarbeitung der verheerenden Wirkung der kommunistischen Sozialfaschismus-Theorie unterblieb. Zunehmend wurde das Bild des Widerstandes auf den kommunistischen Widerstand verengt. Schon im Juli 1947 schrieb Karl Schirdewan, der damalige Chefideologe, im „Neuen Deutschland“: „Den geschichtlichen Tatsachen kann man nicht gerecht werden, wenn verschwiegen würde, daß die marxistisch-sozialistischen Kader die Hauptlast des Kampfes gegen Hitler getragen haben und daß sie auch die Hauptkraft des Kampfes gegen Hitler und seinen Krieg im Innern verkörpern.“ Nun wird man die Rolle dieses Widerstandes anerkennen, doch zeichnete sich hier schon die Tendenz ab, ein kommunistisches Monopol auf Widerstand aufzurichten zu wollen. Die Offiziere des 20. Juli 1944 wurden scharf attackiert, Albert Norden kennzeichnete schon 1948 die Verschwörer als „Fleisch vom Fleisch des deutschen Imperialismus“. Zugleich wurde zunehmend der sozialdemokratische Widerstand kritisiert. Der nicht-kommunistische Widerstand wurde teils denunziert, teils wegeskamotiert.

Doch auch das Bild des kommunistischen Widerstandes wurde in den 50er Jahren – teilweise wohl unter dem unmittelbaren Einfluß Ulbrichts – vielfach retuschiert und enthistorisiert. Emigranten aus den westlichen Ländern wurden ebenso ausgeblendet wie diejenigen, die in den innerparteilichen Machtkämpfen Ulbricht unterlegen waren. Das Bild des kommunistischen Widerstandes wurde zunehmend enthistorisiert, ja mythisiert und zur Legitimation der jeweiligen SED-Politik instrumentalisiert. Erst seit den 70er Jahren, mit dem Übergang von Ulbricht zu Honecker trat eine gewisse Öffnung und partielle

Rehistorisierung des Widerstandsbegriffs ein, doch blieb der kommunistische Widerstand absolut zentral.

Verbunden mit dem a-historischen Bild des Widerstandes war ein a-historisches Bild des Dritten Reiches, das nach wie vor als Herrschaft des Monopolkapitals erklärt wurde, womit u. a. die Massenanhängerschaft der NS-Bewegung und die nicht unbeträchtliche Zustimmung zur Politik Hitlers während des Dritten Reiches und damit auch die Verwicklung größerer Teile des deutschen Volkes, keineswegs nur der Eliten, in die verbrecherische Politik Hitlers ausgeblendet wurde.

Die spezifische Interpretation des Dritten Reiches, des Widerstandes und der DDR hatten unverkennbar für die Menschen in der DDR eine entlastende Funktion und ermöglichten eine Verdrängung der eigenen Rolle im Dritten Reich. Dadurch, daß sich die DDR zum antifaschistischen Staat stilisierte, in dem die Konsequenzen aus dem Dritten Reich durch die Entmachtung des Monopolkapitals gezogen waren, war man von Mitverantwortung und Mithaftung für die NS-Politik frei. Das NS-Erbe wurde zum Problem der Westdeutschen. Hitler war gleichsam ein Westdeutscher geworden.

IV. – Schon früh wurde in der DDR begonnen, nicht nur den Antifaschismus zur integrativen Ideologie zu erheben, sondern einen regelrechten quasireligiösen antifaschistischen Staatskult zu entwickeln, in dessen Mittelpunkt die Erinnerung an die antifaschistischen Kämpfer und ihre Opfer stand samt der Verpflichtung, die diese den Lebenden auferlegten. Eine gewissen Nähe zum Märtyrer-Kult ist nicht zu verkennen wie auch die Gedenkstätten-gestaltungen unverkennbar bestimmte religiöse christlich-kirchliche Motive und Ausdrucksformen in säkularisierter Form aufgriffen. Züge einer politischen Religion sind nicht zu übersehen.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Rolle des Antifaschismus in der Erziehung, an die Jugendweihestunden, verpflichtende Namensgebungen und Patenschaften, an die Feierstunden in den KZ-Gedenkstätten, die Kundgebungen, Gelöbnisse dort usw. Charakteristika und Funktionsmechanismen dieses Antifaschismus seien etwas näher beleuchtet.

Die „antifaschistischen“ politischen Ziele werden exemplarisch deutlich in den vom Gesetzblatt der DDR vom 4. September 1961 veröffentlichten Statut der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, das diesen die Aufgabe zuwies,

- „a) den Kampf der deutschen Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte gegen die drohende faschistische Gefahr;
- b) die Rolle der KPD als der stärksten und führenden Kraft im Kampf gegen das verbrecherische Naziregime;
- c) den antifaschistischen Widerstand in den Jahren 1933 bis 1945 in Deutschland und in den europäischen Ländern;

- d) den SS-Terror im Lager und seine Methoden der Mißachtung des menschlichen Lebens;
- e) den gemeinsamen Kampf der europäischen Nationen, besonders den Kampf der sowjetischen Häftlinge, gegen den SS-Terror, die besondere Bedeutung der internationalen Solidarität in diesem Kampf und die Maßnahmen, die zur Befreiung des Lagers führten;
- f) den wiedererstandenen Faschismus und Militarismus in Westdeutschland;
- g) die historische Rolle der Deutschen Demokratischen Republik darzustellen und zu erläutern“.

Die Instrumentalisierung der Vergangenheit wirkte sich auf die Wahrnehmung bzw. Darstellung der Geschichte – in dem, was erinnert bzw. nicht erinnert wurde – unmittelbar aus. So wurden die kommunistischen Opfer stark hervorgehoben, während man andere deutsche und ausländische Opfer-Gruppen (Sozialdemokraten, Liberale, Konservative, Christen usw.) vernachlässigte. Weitgehend ausgeblendet wurde auch der rassistische Hintergrund der NS-Verfolgung, die Verfolgung der Juden, der Zigeuner, auch der Homosexuellen, von sog. „Asozialen“ usw. Allerdings wurden die – im Westen lange Zeit weitgehend vergessenen – sowjetischen Kriegsgefangenen gewürdigt. Unzureichend war auch die Auseinandersetzung mit den Tätern, den dahinterstehenden Strukturen, vor allem auch mit der Gesellschaft und ihrem Verhalten gegenüber der NS-Politik und ihrem Terror, sieht man von den stereotypen Hinweisen auf die Verantwortung der Monopolkapitalisten und Industrieführer ab. Der kommunistische Widerstand aber wurde in Ausstellungen, Architektur und künstlerischer Gestaltung heroisiert und monumentalisiert, um Thälmann u. a. ein ausgesprochener Kult inszeniert. – Die Kämpfer gegen den Faschismus wurden zu großen Vorbildern erhoben und dabei idealisiert.

Fragt man nach der Wirkung dieses Antifaschismus, so wird man sagen müssen, daß sie gewiß generationell, vielleicht auch regional unterschiedlich, insgesamt gesehen bedeutend war. Insbesondere junge Leute wurden auf diese Weise geradezu in eine Identifikation mit der kommunistischen Sache hineingezwungen. Zwar galt die Identifikation den historischen Gestalten, doch kam sie auch den Führungsgruppen von Partei und Staat zugute, zumal diese ganz überwiegend durch Antifaschisten gebildet wurden. Die politische Führung wurde auf diese Weise politisch-moralisch überhöht, der Antifaschismus machte sie geradezu unangreifbar. Umgekehrt lähmte er die Opposition, erschwerte prinzipielle Ablehnung des Systems, baute gleichsam eine innere Sperre gegen oppositionelles Handeln auf. Auch blockierte er de facto eine Auseinandersetzung mit dem Stalinismus.

Der Antifaschismus mit seiner emotionalen Bindekraft wurde zur Legitimation sonst schwer zu rechtfertigender Handlungen und Tatbestände herangezogen.

So wurde er zur Begründung der Unterdrückung der inneren Feinde, der Niederschlagung des Volksaufstandes und des Baus der Mauer, des Einmarsches in die Tschechoslowakei usw. eingesetzt. Damit lief der Antifaschismus Gefahr, nicht nur zur Legitimation des SED-Systems im allgemeinen, sondern auch ihrer konkreten Politik zu verkommen und damit sich auf die Dauer zu verbrauchen. Überpointiert läßt sich sagen: „Je mehr der Führungsanspruch der SED in Frage gestellt wurde, um so nachdrücklicher war der Rückgriff auf die antifaschistisch begründete Legitimation, die schattenlos sein mußte.“ (Ulrich Groeller)

Eine nicht unwesentliche Funktion des Antifaschismus war, ein bestimmtes Feindbild zu liefern. Dadurch, daß Faschismus und Imperialismus, Antifaschismus und Antiimperialismus als mehr oder weniger identisch betrachtet wurden, ließ sich die Bundesrepublik unschwer in die Nähe des Dritten Reiches rücken. Ihre Ablehnung war damit tief begründet. Unverkennbar erleichterte dabei die anfangs zögerliche, skandalreiche Aufarbeitung der NS-Zeit in der Bundesrepublik, auch die Tatsache, daß durch die NS-Zeit Belastete wie Adenauers Staatssekretär Globke in wichtigen Ämtern saßen und die frühere NSDAP-Mitgliedschaft für höchste Staatsämter nicht disqualifizierte, die antifaschistische Agitation gegen die Bundesrepublik.

Offenbar hat die Stasi ihrerseits – etwa bei den Hakenkreuzschmierereien – in bestimmten Situationen nachgeholfen, die Bundesrepublik in spezifischem Licht erscheinen zu lassen. Auch ist nicht zu übersehen, daß die intensive Auseinandersetzung um die NS-Zeit in der Bundesrepublik – etwa im Kontext der Studentenbewegung – teilweise in der DDR als Bestätigung der Kontinuität zwischen NS-Zeit und Bundesrepublik mißverstanden wurde. Es entstand der – von der Propaganda geförderte – Eindruck, daß die Bundesrepublik gleichsam semi- oder kryptofaschistisch sei. Auf diesem Hintergrund galt die „antifaschistische“ DDR als der moralisch bessere Staat.

Eine besondere Rolle spielte der Antifaschismus im und für den kulturellen Bereich. Linke Schriftsteller wie Bertolt Brecht, Anna Seghers, die frühen Bücher Hermann Kants, pflegten die Erinnerung an den antifaschistischen Kampf. Und für viele Intellektuelle und „Kulturschaffende“, die ihre Probleme mit der konkreten SED-Politik hatten, diente der Antifaschismus bis zuletzt, bei manchen dient er bis heute dazu, als der ideell-emotionale Komplex, der eine Rest-Identifikation mit der DDR sicherstellt.

Erklärungsbedürftig bleibt freilich, warum Antifaschisten selbst zu Tätern wurden und warum der Antifaschismus nicht gegen die Anerkennung und Rechtfertigung von Repression und Gewalt motivierte. Dazu ist festzustellen, daß der Antifaschismus lediglich im Anti einigermaßen klar war, doch keineswegs in seiner positiven Zielsetzung, die durch kommunistische Interessen konkretisiert wurden. Man wird sicherlich vielen kommunistischen Antifaschi-

sten nicht Unrecht tun, wenn man feststellt, daß sie keine Demokraten waren: der „Antifaschismus“ war bei vielen gegenüber marxistisch-leninistischen Überzeugungen und stalinistischer Praxis nur sekundär. Er diene als Moment zusätzlicher Rechtfertigung und gesellschaftlicher Absicherung. Gerade darin zeigt sich die kommunistische Prägung dieses Antifaschismus, die die ihm inhärenten Widerstandspotentiale lähmte.

Die Tatsache, daß es nicht gelang, Antifaschismus und Stalinismus zu trennen und die emanzipatorischen Potentiale des Antifaschismus zur Aufarbeitung des Stalinismus zu nutzen, hat sicherlich mit zur Erosion und partiellen Diskreditierung des Antifaschismus beigetragen.

V. – Nach dem Ende der DDR wirkt der DDR-Antifaschismus in unterschiedlicher Weise nach.

Für nicht wenige ist dieser Antifaschismus nach wie vor positiv bedeutsam. Manchen gilt er als letzter Rest von DDR-Identität, wobei diese Haltung nicht nur in der Bindung an die antifaschistische Tradition, sondern auch in gegenwärtigen politisch-mentalenen Identitätsproblemen begründet ist. Doch wird der DDR-Antifaschismus wohl auch bewußt fortgesponnen: „Der Antifaschismus wird zu einem alle Umwälzungen und Erschütterungen überdauernden Selbstwertgefühl stilisiert, zu einem Ideal, das vom SED-Regime trotz des von ihm begangenen Unrechts am reinsten verkörpert wurde“ (Klaus Schönhoven).

Für die Mehrheit ehemaliger DDR-Bürger sind freilich eher andere Nachwirkungen zu konstatieren. Für sie ist der „verordnete Antifaschismus“ mit der DDR untergegangen. Er ist diskreditiert als Teil des Systems, wirkt allenfalls in der Weise nach, daß man eben nicht mit der NS-Vergangenheit konfrontiert werden möchte. In Einzelfällen, für kleine Gruppen mag sogar gelten, daß der Antifaschismus den Faschismus attraktiv gemacht hat.

Vielfach scheint jedenfalls der Antifaschismus in mangelnder Sensibilität gegenüber der Bedeutung der NS-Vergangenheit nachzuwirken; das durch die SED garantierte „gute Gewissen“ gegenüber der NS-Zeit, die Verdrängung der Mithaftung für diese Epoche scheint die heutige Haltung vieler mitzubestimmen. – Natürlich spielt daneben auch eine Rolle, daß man in der DDR genug für die NS-Zeit gebüßt zu haben glaubt, jedenfalls wenn man sich die verlorenen Lebenschancen im Vergleich zu den Westdeutschen vergegenwärtigt.

### **Resümierende Schlußbetrachtung**

Im DDR-Antifaschismus wurde Geschichte in besonders wirksamer Weise teils zu einer Herrschaftsideologie, teils zu einer weltlichen Religion mit bestimmten Ritualen verarbeitet.

1. Die Instrumentalisierung von Geschichte war durch den historischen Prozeß und die Rolle die die Kommunisten darin gespielt hatten, möglich.

- Sie wurde erleichtert durch gewisse Inkonsequenzen der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Westen.
2. Vergangenheit kam in diesem Antifaschismus höchst selektiv in den Blick. Teilweise wurde Geschichte verfälscht, teilweise höchst einseitig betrachtet. Die Legitimationsinteressen der SED, insbesondere ihrer Führungsgruppen, prägten unmittelbar das Geschichtsbild.
  3. Der Antifaschismus wurde geradezu zu einer säkularisierten Religion ausgebaut. Zwar gibt es auch in westlichen Ländern so etwas wie Zivilreligionen. Diese politische Religion jedoch hatte spezifische Züge und Funktionen, vor allem die der Unterordnung unter den Willen der Partei bzw. Parteiführung.
  4. Der Antifaschismus wurde teilweise von jugendlichem Idealismus mitgetragen und hat diesen wohl auch gefördert. Er trug zur Beschaffung von Loyalität gegenüber dem SED-System lange Zeit bei.
  5. Der Antifaschismus blockierte die Aufarbeitung des Stalinismus ungleich mehr als daß er diese förderte, was durch den historischen Antifaschismus, der teilweise mit dem Stalinismus amalgamiert war, ebenso bedingt war wie durch die post-stalinistische Parteiherrschaft. Es gelang der DDR nicht, die emanzipatorischen Potentiale des Antifaschismus zu entfalten.
  6. In nicht unbeträchtlichem Maße hemmte der Antifaschismus oppositionelles Denken und Handeln und wurde nicht selten zur Denunziation politischer Gegner der SED und der SED-Führung verwandt. Er wirkte damit geradezu antidemokratisch.

Ein spezifischer Antifaschismus war konstitutives Element der SED-Diktatur.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Der nächste Redner ist Herr Dr. Fippel, bitte.

**Dr. Günter Fippel:** Als Leser der „Täglichen Rundschau“ am 28. März 1947 ihre Zeitung aufschlugen, lasen sie auf Seite 2 zu ihrer Erleichterung, daß es den wachsamen Organen der „antifaschistisch-demokratischen“ Ordnung einmal mehr gelungen war, ein Waffenlager ehemaliger Nazis auszuheben. Mit vier anderen seien auch die Studenten Wradzidlo und Klein „wegen geheimer faschistischer Tätigkeit, Aufbewahrung von Waffen und anderer Verbrechen“ verhaftet worden.

Dieser öffentliche Vorwurf, der jede Solidaritätsbekundung mit den Eingekerkerten von vornherein ausschloß, verkehrte die Wahrheit in ihr genaues Gegenteil.

Wer war Georg Wradzidlo wirklich?

Nach dem 20. Juli 1944 war der damalige Oberleutnant als Mitglied einer Widerstandsgruppe der Wehrmacht verhaftet und in das KZ Buchenwald eingeliefert worden. Lediglich das Kriegsende rettete ihn vor dem Kriegsgericht. Er begann an der wiedereröffneten Berliner Lindenuniversität ein Medizin-